

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbm. monatlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porschtal, Postelwitz, Proßen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: K. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaltene 35 mm breite Beizeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbelle“, „Das Leben im Bild“, „Aus der Welt der Frau“, Illustrierte Sonntagsbeilage

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 50 Bad Schandau, Dienstag, den 1. März 1927 71. Jahrgang

## Moskau an London.

Die russische Regierung hat geglaubt, auf einen großen Erfolg einen großen Teil in Anwendung bringen zu müssen. War die Note, die vor einigen Tagen durch das englische Kabinett nach Moskau gerichtet war, auch entschieden genug, so ist die Antwort, die London jetzt von dort erhielt, noch viel deutlicher. Würden sich zwei Länder früher derartige Noten zugesandt haben, so würde man ohne weiteres mit einem bevorstehenden Krieg gerechnet haben; aber... Was voraussehen war, ist geschehen: die Sowjetregierung antwortet auf die englische Drohung, die diplomatischen Beziehungen mit Rußland zu lösen und den englisch-russischen Handelsvertrag zu kündigen, mit einem ziemlich höhnischen: „Bitte sehr! Wenn ihr durchaus wollt, dann haben wir in Moskau nichts dagegen! Dann mag die englische Regierung die Verantwortung dafür tragen, wenn sie Beziehungen zerstört, deren Aufrechterhaltung im Interesse beider Länder liegt.“

Und nun packt Litwinow, der Verantwortliche für die Antwort, gründlich aus in einer Form, die eine gewisse diplomatische Feindseligkeit darstellt. Die Note spricht von der „falschen Idee“ Englands, daß allüberall in der Welt, wo das englische Imperium Schwierigkeiten habe, nun sofort die Sowjetregierung und ihre Agenten als die Schürer, Helfer und eigentlichen Schuldigen bezeichnet werden. Und man hört sofort zum Gegenlieb aus, indem in der Note nun eine ganze Reihe scharf antirussischer Äußerungen aufgeführt werden, die von führenden englischen Staatsmännern getan worden sind. Weiter geht es in diesem leblichen Ton: „Die Anormalität der englisch-russischen Beziehungen ist auch die Folge davon, daß die britische Regierung in ihrer Note an Rußland bewußt von den allgemein üblichen internationalen Normen und Gepflogenheiten und selbst elementaren Anstandsregeln abweicht und von Zeit zu Zeit an die Sowjetregierung allgemein gehaltene unbegründete Anschuldigungen richtet, auch sich erlaubt, mit der Sowjetregierung im Ton einer Drohung mit einem Ultimatum zu reden.“ Dann kommt es faustdid; die russische Regierung erhebt nämlich die Beschuldigung, einzelne Mitglieder des Londoner Kabinetts suchen sich mit „ehemaligen zaristischen Diplomaten und Vertretern der Gegenrevolution“ zu verständigen, die auf ein erneutes Eingreifen hinarbeiten. Derartige Versuche aber „gestatten der öffentlichen Meinung der Sowjetunion nicht, jene Rolle zu vergessen, die Großbritannien bei der ersten Intervention gespielt“ habe. Wenn schließlich auch von einem „unerhörten und präzedenzlosen Ton“ gesprochen wird, den die englische Note gegen den russischen Volkskommissar des Auswärtigen, Tschitscherin, angeschlagen habe, so wirkt der Schluß der Antwort Rußlands fast als Ironie, sich nämlich bemühen zu wollen, sämtliche Differenzen zwischen den beiden Ländern zu beseitigen und wirklich normale Beziehungen herzustellen.

Man hat sich also gegenseitig mit erfrischender Deutlichkeit die Meinung gesagt; denn der abgrundtiefe Gegensatz zwischen den angelsächsischen Staaten und Sowjetrußland, zwischen West und Ost wird in diesem Notenwechsel klar genug enthüllt. Daß nun aber irgend etwas wirklich geschieht, daß die englische Regierung ihre Drohungen wahr macht, ist ebenso unwahrscheinlich wie etwa der in der russischen Note angebotene Interventionsversuch mit Hilfe der russischen Emigranten. Was in den Jahren 1918 bis 1920 nicht glückte, gelingt jetzt noch viel weniger; das weiß man in London ebenso genau wie in Moskau, wo man ganz zweifellos auch jene Sätze in der Antwortnote, die diese angeblichen Verhandlungen mit Emigranten berühren, selbst nicht ernst nimmt. England hat Sorgen genug, als daß es wagen könnte, sich in ein neues, so gut wie aussichtsloses Abenteuer, zu stürzen. Demgemäß bezeichnet auch die englische Presse diese Antwortnote zwar als beleidigend und praktisch inhaltslos, vollgestopft mit falschen Behauptungen, lehnt es aber ab, den Meinungsstreit fortzusetzen. Diese ganze Aktion dient daher nicht gerade einer Förderung des englischen Ansehens.

## Keine Kündigung des englisch-russischen Handelsabkommens.

Paris, 28. Februar. Nach Meldungen aus Moskau wird in Kreisen, die der Sowjetregierung nahestehen, eine Kündigung des russisch-englischen Handelsabkommens durch England, wenn

überhaupt, so doch nicht vor der nächsten Woche, erwartet. Offiziell verlautet, daß die Sowjetregierung unter den gegebenen Umständen keinerlei neue Schritte beabsichtigt, solange die britische Regierung nicht erklärt, daß der Zwischenfall erledigt sei.

## Keine englische Antwort auf die Sowjetnote.

London, 28. Februar. Chamberlain teilte heute nachmittag im Unterhause mit, daß die Regierung keine Antwort auf die russische Note beabsichtige. Auf eine Anfrage erwiderte Baldwin, daß sich demnächst eine Gelegenheit zur Besprechung der russischen Frage bieten werde.

Die russische Antwortnote wird natürlich im Englischen Unterhause zur Sprache gebracht werden, wobei von Seiten der Regierung eine Erklärung über die englisch-russischen Beziehungen abgegeben werden wird. Welche Schritte England auf die Note Rußlands hin unternehmen wird, ist noch nicht bestimmt. Jedenfalls steht fest, daß man in politischen Kreisen Englands damit rechnet, daß die englische Regierung die in ihrer Note ausgesprochenen Drohungen nach Annullierung des Handelsabkommens wahrnehmen, während sie die diplomatischen Beziehungen weiterbestehen lassen wird. Neuer weiß zu melden, daß von einem Teil der englischen Regierung, der bereits die englische Note für viel zu milde gehalten hat, die russische Antwort als unverständlich betrachtet wird.

Als unverschämte bezeichnet auch ein Teil der Presse die russische Note, ferner finden sich übereinstimmend in der öffentlichen Meinung Englands bezüglich der russischen Antwort die Ausdrücke „frech, arrogant und herausfordernd“. Allerdings sind die Kritiken der Wälder ziemlich vorsichtig gehalten und mit verschwindenden Ausnahmen findet sich kein Blatt, das der Regierung den Abbruch der Beziehungen zu Rußland anempfehlen würde.

## Dr. Stresemann ist beunruhigt.

Deutschland und die englisch-russischen Beziehungen.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Die Besorgnis der deutschen öffentlichen Meinung über die gegenwärtige Spannung der englisch-russischen Beziehungen wird, wie ich höre, von der deutschen Regierung und dem deutschen Auswärtigen Amt geteilt. Herr Stresemann selbst soll sehr beunruhigt sein und die Möglichkeit seiner Rückkehr nach Berlin vor dem Zusammentreten des Völkerbundes, auf dessen Tagung er der Vorstiz führen wird, erwägen. Inzwischen hat er Lord d'Albion einen Besuch abgestattet, der in der Lage gewesen sein dürfte, den deutschen Minister bezüglich irgendwelcher grundsätzlicher Missverständnisse zu beruhigen, die in Berlin hinsichtlich der Grundzüge der britischen Politik entstanden sind.

Der Korrespondent erklärt für unrichtig die in Deutschland und in Europa verbreiteten Nachrichten, daß Großbritannien Polen eine Anleihe von zehn Millionen Pfund Sterling versprochen habe, wofür Polen englische statt wie bisher französisches Kriegsmaterial kaufen werde, zweitens, daß Großbritannien, welches Polen als Sturmbach gegen Rußland zu gebrauchen wünsche, versprochen habe, keine Rektion der deutsch-polnischen Grenzen während einer Periode von 15 bis 25 Jahren zuzulassen, und drittens, daß das Fehlen einer Bezugnahme auf die Rheinlandräumung auf der Tagesordnung des Völkerbundes auf polnischen Druck zurückzuführen sei.

## Stresemann fährt direkt nach Genf.

Rom, 28. Februar. Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der sich während seines Urlaubes in San Remo völlig erholt hat, wird am Donnerstag von San Remo nach Genf reisen, um bei der Märztagung des Völkerbundesrates zu präsidieren. Der deutsche Botschafter in Rom v. Neurath ist heute nach San Remo abgereist, wo er einige Tage zu bleiben gedenkt.

Briand am 6. März in Genf.

Paris, 28. Februar. Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, wird sich Briand am 6. März nach Genf begeben, wo er vermutlich bis drei Tage bleiben wird. Auch die Anwesenheit Chamberlains wird sich nicht länger ausdehnen.

## Für eilige Leser.

\* Am Montag nachmittag ist in München der bekannte Maler Professor Ludwig Ritter von Zumbusch im Alter von 65 Jahren an Grippe, verbunden mit Lungenentzündung, verstorben.

\* Gestern nachmittag fand in Paris zwischen dem französischen Außenminister Briand und Reichspräsident Richet ein Austausch der Briefe statt, die die am 1. Februar über die Kriegsmaterialfrage zustande gekommenen Abmachungen ratifizieren.

\* Am Montag nachmittag fand in Berlin im Hause des Staatssekretärs v. Schubert aus Anlaß des Abschlusses der Aktienpublikation des Auswärtigen Amtes eine Festlichkeit zu Ehren ihrer Herausgeber statt.

\* Wie aus Sao Paulo gemeldet wird, traf der italienische Flieger Pinedo Montag vormittag dort ein.

\* Aus Moskau wird gemeldet, daß durch einen heftigen Sturm in der Krim die Stadt Balakawa stark mitgenommen ist. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt. Die Zahl der Opfer steht noch nicht fest.

## Die Abrüstungsfrage in russischer Beleuchtung.

Von Dr. Hans Hillebrand.

Es besteht wohl kaum mehr ein Zweifel darüber, daß der mit so großem Aufwand verkündete Abrüstungsvorschlag des Präsidenten Coolidge infolge des französisch-italienischen Widerstandes sowie der abwartenden Haltung Englands und Japans vorläufig als gescheitert betrachtet werden kann. Seitdem mehrmals in Washington die Stimmen, die aus dem zerstörten Kartenshaus der geplanten Fünfmächtekonferenz wenigstens die Grundlagen für eine verkleinerte Konferenz zwischen den Vereinigten Staaten, England und Japan zu erhalten suchen. Während somit fast alle beteiligten Mächte, soweit sie dem Völkerbund angehören, mehr oder weniger eifrig bestrebt sind, auf diplomatischem Wege unter größtmöglicher Wahrung ihrer eigenen maritimen Interessen zu irgend einem formalen Ergebnis zu gelangen, um wenigstens für die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes eine wenn auch noch so schmale Verhandlungsbasis zu schaffen, verlohnt sich zur Zeit ein Blick auf die Haltung Rußlands in dieser Frage, das sich nach wie vor in der Rolle des scheinbar unbeteiligten, kritischen Beobachters gefällt. Nicht immer war das Verhalten Rußlands gegenüber dieser Frage ein so passives wie in den letzten Jahren. Man vergesse nämlich nur die bereits historische Tatsache, daß der eigentliche Anstoß zur Abhaltung der ersten Friedenskonferenz im Haag von russischer Seite erfolgte. Erging doch am 28. August 1898 das verheißungsvolle „Zarenmanifest“ Nikolaus II. durch Vermittlung des russischen Außenministers Graf Murawjew an sämtliche europäischen Großmächte. Es enthielt unter Hinweis auf die durch Rüstungen erheblich vermehrten finanziellen Lasten aller Staaten und der damit verbundenen stetigen Gefährdung ihrer kulturellen Entwicklung eine Aufforderung zur Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz. Obwohl die meisten Regierungen das Manifest des Zaren damals ablehnten, kam doch die Konferenz zustande. Ein unbefristetes Verbot der früheren russischen Diplomatie! Auch letzte sich die Opposition wider dieses „Zarenmanifest“ keineswegs nur aus den einzelnen Regierungen zusammen, sondern erstreckte überall weite Kreise. Der zur Haager Konferenz als Journalist zugelassene österreichische Pazifist Alfred Fried schrieb hierüber verächtlich: „Die Aufnahme dieser russischen Kundgebung war keineswegs freundlich. Fast die gesamte europäische Presse erging sich in skeptischen Äußerungen, vielfach sogar in Verdächtigungen und Schmähungen gegen den Urheber des Manifestes und die Absichten der russischen Regierung... Auch die Gelehrtenwelt lehnte sich zum großen Teil gegen die dem Manifest zugrunde liegende Idee auf... die Diplomatie verhielt sich streng verächtlich.“

Und heute? Es ist zur Genüge bekannt, wie es die Sowjetregierung geschickt verstanden hat, sich der imperialistischen Bestrebungen des Zarentums in beträchtlichem Maße für eigene Propagandazwecke zu bedienen. Genau wie die Vereinigten Staaten wußte sich Katerußland allen Verführungskünsten zum Trotz immer noch der so oft angetragenen Mitgliedschaft des Völkerbundes zu entziehen. Erst vor einiger Zeit erfolgte von Genf aus eine offizielle Einladung an Rußland zur Teilnahme an der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz, die bekanntlich von Moskau mit der etwas fadenstehenden Begründung abgelehnt wurde, die Schweiz sei ein für Sowjetrussen ungeeigneter Verhandlungsboden. Dank seiner geographischen Lage ist Rußland gegenwärtig imstande, sich außenpolitisch bis zu einem gewissen Grade den Zugus einer „splendid isolation“ zu gestatten. Mit der Teilnahme an einer solchen Konferenz, folgerten die bolschewistischen Machthaber, würde man nur Gefahr laufen, sich des Rechts der Kritik an „offenkundigen Missetaten“ kapitalistisch geleiteter Länder zu begeben, wie sie beispielsweise in deren vermehrten Rüstungsanstrengungen zum Ausdruck gelangen, die man selbst allerdings für sich selbst ablehnen zu müssen.

# Weißer Woche

# Emil Lange, Pirna

Ecke Dohnasche Straße-Schuhgasse - Fernruf 840